

Gesundheitsfonds im Zentrum der Kritik

Parlamentarischer Abend des Verbandes Freier Berufe in Bayern

Rund 130 Freiberufler haben auf dem Parlamentarischen Abend des Verbandes Freier Berufe in Bayern mit Abgeordneten aller im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien diskutiert. Unter dem Motto „Landtagswahl 2008 – Forderungen der Freien Berufe“ standen die Themenbereiche Wirtschaft, Gesundheit und Bildung zur Diskussion. Vor allem der geplante Gesundheitsfonds stand im Zentrum der Kritik.

In der Wirtschaftspolitik sprach Vizepräsident Dr. Fritz Kempfer die Wettbewerbspolitik, das Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 und die Erbschaftssteuerreform an. Kempfer beklagte die drohende Abschaffung der Berufsrechtsregeln wie Honorarordnungen und Vergütungsgesetze, welche die Berufsausübung der Freiberufler bürokratiefrei halten, aber auch dem Schutz des Verbrauchers dienen. Beim Thema „Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“ appellierte Kempfer an die Parlamentarier, sich für den Erhalt der Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern einzusetzen. Kempfer erneuerte die Verbandskritik an der Erbschaftssteuerreform: Freiberufler dürften bei der Bewertung einer Praxis oder Kanzlei nicht mit Gewerbetreibenden gleichgesetzt werden. „Sie können eine Praxis nicht vererben wie eine Bäckerei“, sagte Kempfer.

Nach Auffassung von Martin Zeil, Generalsekretär der FDP-Bayern, enthält die Unternehmenssteuerreform insgesamt zu viele mittelstandsfeindliche Elemente. Beim Thema „Erbschaftssteuerreform“ waren sich die Parlamentarier weitgehend einig. Zeil bezeichnete die Reform als „mittelstandsfeindlich, untauglich und von vornherein verkorkst“. Die von Bayern propagierte zehnjährige Bindungsfrist und das Abschmelzmodell sei noch nicht „in trockenen Tüchern“. Auch Eberhard Rotter, CSU-Landtagsfraktion, bezeichnete die Zehnjahresfrist als die maximal vertretbare Frist. Er rechne frühestens im Dezember dieses Jahres mit einer Lösung. Auch Dr. Thomas Beyer, SPD-Landtagsfraktion, sprach sich im Zusammenhang mit der Erbschaftssteuerreform für eine zehnjährige Bindungsfrist aus. Er sei aber optimistisch, dass sich in Berlin praktikable Lösungen erreichen ließen.

Beim Thema Wettbewerbsregeln sieht auch der SPD-Abgeordnete Beyer, dass das Europarecht die Berufsrechte der Freiberufler angreift. Das Grundverständnis der Selbstverwaltung bei den Freien Berufen sei in Brüssel immer noch nicht verstanden worden.

VFB-Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann, stellte beim Thema Gesundheitspolitik den für 2009 geplanten Gesundheitsfonds ins Zentrum seiner Kritik. Nach wie vor gebe es keine belastbaren Daten zu den Auswirkungen des Fonds. Durch den Fonds würden die Krankenkassenbeiträge in Bayern steigen und es entstehe ein zentralistisches Bürokratiemonster. Der zunehmende Versandhandel von Arzneimitteln gefährde die Arzneimittelsicherheit der Bevölkerung. „Hochwirksame Arzneimittel gehören nicht zwischen Schuhcreme und Videokassetten.“

Eberhard Rotter sagte, solange es keine belastbaren Zahlen gebe, werde die CSU dem Fonds auch nicht zustimmen. Da allerdings alle anderen Bundesländer außer Bayern und Baden-Württemberg vom Fonds profitieren, könne man sich das Ergebnis im Bundesrat ausrechnen. Dieselben Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat seien beim Thema „Krankenhausfinanzierung“ zu erwarten. Beide Punkte könnten zu einem Zerbrechen der Großen Koalition führen. Für Dr. Thomas Beyer dagegen ist der Fonds keine Koalitionsfrage. Auch die bayerische SPD sehe den Fonds als den bayerischen Interessen zuwiderlaufend und damit nachteilig an. Auch Margarete Bause, als Fraktionsvorsitzende der Grünen, sieht durch den Fonds nicht die Koalitionsfrage gestellt. Da niemand den Fonds wolle, müsse innerhalb der Koalition der Mut aufgebracht werden, alles zurückzuziehen.

Eckhart Dittrich, VFB-Vizepräsident, forderte mehr Investitionen in den Bereich Bildung, denn Bildung sei ein wichtiger Wettbewerbsvorteil.

Für Margarete Bause ist Bildung mehr als ein Wettbewerbsvorteil. Bildung sei auch ein Wert an sich, der allen Menschen offen stehen müsse. Auch sie sagte, das deutsche Bildungssystem sei im internationalen Vergleich unterfinanziert. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums sei nicht ausreichend vorbereitet worden, weshalb hier derzeit noch viele Pro-



Parlamentarischer Abend des Verbandes Freier Berufe auf dem Dach des Münchner Hotels Bayerischer Hof: Präsident Dr. Wolfgang Heubisch, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, Margarete Bause, und Dr. Ludwig Spaenle, CSU, Vorsitzender des Hochschulausschusses im Landtag (v. li.).

bleme bestünden. Im Bereich Hochschule sei endlich die herrschende Unterfinanzierung erkannt worden, Studiengebühren verschärften allerdings die soziale Ungerechtigkeit und seien deshalb abzulehnen.

Dr. Thomas Beyer beurteilte das G8 ähnlich kritisch wie die Grünen. Beyer sprach sich für das differenzierte Bildungssystem aus, was allerdings nicht heißen dürfe, dass eine zu frühe Auslese stattfinden soll. Martin Zeil sagte, die Flucht an Privatschulen sei eine Abstimmung mit den „Füßen“, die auch aus der Mittelschicht komme.

Zum Abschluss verteidigte Dr. Thomas Goppel, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, vehement die insbesondere von den Freien Berufen in einigen Studiengängen kritisch betrachtete Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge.

Auszug aus „Informationen“ des Verbandes Freier Berufe in Bayern e. V., Heft 3/2008

Im Internet sind unter www.freieberufe-bayern.de immer aktuelle Nachrichten aus dem Verband Freier Berufe in Bayern e. V. und seinen Mitgliedsverbänden zu finden. Der Newsletter des Verbandes kann auch als E-Mail abonniert werden.